

Zusammenfassung

Deutschland hat große Fortschritte bei der Reform von Maßnahmen zur Unterstützung erwerbstätiger Eltern und zur Förderung einer partnerschaftlichen Aufgabenteilung zwischen den Eltern in Paarfamilien erzielt. In der Vergangenheit wirkten Arbeitsmarktbestimmungen, Politik und soziale Normen vor allem in den alten Bundesländern zugunsten traditioneller Geschlechterrollen, die sozialpolitischen Reformen der letzten zehn Jahre – z.B. die Einführung und Fortentwicklung des Elterngeldes und die erhöhten Investitionen in die frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) – haben jedoch dafür gesorgt, dass sich Eltern heute bessere Möglichkeiten bieten, Familie und Beruf zu vereinbaren.

Dieser Kurswechsel in der Politik ging in Deutschland mit einem erheblichen Wandel der Einstellungen und Wahrnehmungen einher, durch den er seinerseits begünstigt wurde. Der Anteil der Bevölkerung, der in Deutschland der Ansicht ist, dass Mütter von Kindern im Vorschulalter nicht arbeiten sollten, hat sich in den zehn Jahren bis 2012 z.B. um die Hälfte reduziert. Deutschland ist heute nach Schweden das Land, in dem die Einstellung der Bevölkerung zur Aufteilung der Elternzeit zwischen Vater und Mutter am egalitärsten ist. Im Vergleich zum Jahr 2007, d.h. zur Zeit vor der Einführung des Elterngeldes, werden die finanziellen Kosten der Elternschaft heute weniger als ein Problem betrachtet, und der Anteil der Deutschen, die ihr Land als familienfreundlich betrachten, ist gestiegen. Doch trotz der jüngsten Zunahme liegt die zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland immer noch unter dem OECD-Durchschnitt, und die Wahrscheinlichkeit, dass Eltern einen Konflikt zwischen Familie und Beruf sehen, ist in Deutschland nach wie vor größer als in den meisten anderen europäischen Ländern.

Eltern stehen immer noch vor großen Herausforderungen, wenn sie familiäre und berufliche Pflichten miteinander vereinbaren möchten. Das Modell des männlichen Allein- bzw. Hauptverdieners ist in Deutschland weiterhin vorherrschend, wenn auch in etwas veränderter Form: In einer Partnerschaft lebende Väter haben häufig lange Wochenarbeitszeiten, während ihre Frauen inzwischen zwar häufiger erwerbstätig sind, aber in der Regel nur in Teilzeit arbeiten. Zuhause erledigen die Frauen den Großteil der unbezahlten Arbeit und sie verbringen wesentlich mehr Zeit mit ihren Kindern als die Väter.

Ein neuer Ansatz in der deutschen Familienpolitik soll es Eltern und Kindern durch die Förderung einer partnerschaftlicheren Aufgabenteilung in Familie und Beruf ermöglichen, mehr Zeit miteinander zu verbringen. Der Ausbau des FBBE-Angebots ermöglicht es beiden Elternteilen, familiäre und berufliche Pflichten besser zu vereinbaren. Die auf die Einführung des Elterngeldes von 2007 aufbauende Fortentwicklung von 2015 (mit Einführung des ElterngeldPlus) erleichtert es Eltern, Elterngeld und Teilzeitarbeit miteinander zu kombinieren, und sieht einen zusätzlichen Partnerschaftsbonus vor, wenn beide Eltern parallel mindestens vier Monate lang zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten. Außerdem werden in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und anderen Akteuren Anstrengungen unternommen, um die Arbeitsbedingungen in den Unternehmen familienfreundlicher zu gestalten.

Wenn die Chancen und Pflichten, die Familie und Beruf mit sich bringen, gerechter zwischen den Eltern aufgeteilt werden, kommt dies dem Wohlergehen der ganzen Familie zugute. Partnerschaftlichkeit ermöglicht es Vätern, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen, was wiederum die Entwicklung der Kinder fördert. Müttern eröffnet sie größere Möglichkeiten, ihre beruflichen Vorstellungen umzusetzen und so ihre langfristige Arbeitsmarktbindung, ihre Rentenansprüche, ihre finanzielle Unabhängigkeit und zugleich auch die Finanzlage der Familie zu verbessern.

Dieser Bericht rückt Deutschlands Erfahrung mit der Förderung der Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf in eine internationale Perspektive. Er gibt einen Überblick über erzielte Ergebnisse, Motivationen, Fragen und Maßnahmen im Hinblick auf die Beseitigung von Faktoren, die Familien daran hindern, mehr Zeit miteinander zu verbringen, und einer gleichberechtigteren Teilhabe der Frauen am Arbeitsmarkt entgegenstehen. Zu diesen Hindernissen gehören lange Arbeitszeiten – vor allem für Väter –, die Familie und Beruf schwer vereinbar machen, unzureichende Betreuungsangebote für kleine Kinder sowie außerhalb der Schulzeit und traditionelle Geschlechterrollen, die sich in den Familien meist nach der Geburt der Kinder stärker herausbilden, vor allem wenn es die Mütter sind und nicht die Väter, die aus dem Erwerbsleben aussteigen oder ihre Arbeitszeit verringern, um sich um die Kinder zu kümmern. Aus diesem Grund wird in der in Deutschland geführten Debatte über flexible Arbeitszeiten und eine gerechtere Aufteilung beruflicher und familiärer Pflichten zwischen Eltern kleiner Kinder der im internationalen Gebrauch unübliche Begriff „vollzeitnah“ diskutiert.

Eine partnerschaftliche Aufteilung der Verantwortung für die Kinder zwischen Vater und Mutter wirkt sich positiv auf die Familien und ihr Wohlergehen aus und begünstigt zudem die Entwicklung einer Reihe weniger greifbarer, aber wichtiger sozialer Güter, z.B. eine bessere Vater-Kind-Bindung und egalitäre Geschlechternormen über die Generationen hinweg. Ein „Familienarbeitszeitmodell“, wie es derzeit in Deutschland im Gespräch ist, könnte Familien mehr Zeit miteinander verschaffen und könnte – wenn Väter und Mütter beide ihre Arbeitsstundenzahl eine Zeit lang reduzieren und ihre berufliche Laufbahn wieder in Vollzeit fortsetzen würden, wenn die Kinder größer werden – das Arbeitskräfteangebot sichern und zu einer deutlichen Verringerung der Lohn- und Rentenlücke zwischen Männern und Frauen beitragen. Insgesamt könnte eine zwischen den Geschlechtern ausgeglichene Aufgabenteilung in Familie und Beruf ein inklusives Wachstum in der Zukunft sichern.

Dieser Bericht soll die Bundesregierung bei ihren Anstrengungen zur Förderung von mehr Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf unterstützen. Die – in Kapitel 1 ausführlicher dargelegten – Empfehlungen lauten:

- *Die Bemühungen fortsetzen, mehr Väter zur Inanspruchnahme von Elternzeit zu ermutigen, und den Effekt des 2015 eingeführten ElterngeldPlus auf die Nutzung des Elterngeldes durch die Väter sowie die Aufteilung der Arbeitszeit zwischen Vätern und Müttern junger Kinder beobachten.*
- *Auf der Grundlage der mit dem Elterngeld und dem ElterngeldPlus gesammelten Erfahrungen weitere familienpolitische Förderinstrumente entwickeln, einschließlich Möglichkeiten für Eltern junger Kinder, während eines bestimmten Zeitraums, in dem sie eine begleitende Geldleistung beziehen, vollzeitnah erwerbstätig zu sein.*
- *In Anbetracht des Anspruchs auf Verringerung der Arbeitszeit aus familiären Gründen einen Anspruch auf Rückkehr in Vollzeit – oder zu einem anderen Arbeitszeitumfang, der zu den sich verändernden familiären Rahmenbedingungen passt – innerhalb einer bestimmten Frist einführen.*

- Gestützt auf die erheblichen Fortschritte, die in den letzten 15 Jahren bei der Aufstockung der öffentlichen Investitionen in FBBE erzielt wurden, die Investitionen in Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder weiter erhöhen und den Zugang zu entsprechenden Einrichtungen ausweiten.
- Verglichen mit den Investitionen in FBBE hat Deutschland bei der außerschulischen Betreuung noch Nachholbedarf: Sowohl die Investitionen in außerschulische Betreuung für Kinder im Grundschulalter als auch der Zugang dazu müssen ausgeweitet werden.
- Das deutsche Steuer- und Transfersystem anpassen, um Paare zur partnerschaftlichen Aufteilung der Erwerbsarbeit zu ermutigen, wozu es gilt, die finanziellen Erwerbsanreize für Zweitverdienende in Paarfamilien zu erhöhen, z.B. durch einen gesonderten Steuerfreibetrag für Zweitverdienende.
- Die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und anderen Akteuren weiter ausbauen, um das Berufsleben familienfreundlicher zu gestalten, beispielsweise durch Telearbeit und flexiblere Arbeitszeiten.
- Die Sensibilisierung für die Vorteile einer partnerschaftlichen Aufgabenteilung in Familie und Beruf weiter erhöhen, auch durch Initiativen zur Förderung und Verbreitung empfehlenswerter Praktiken auf lokaler Ebene.



From:

Dare to Share: Germany's Experience Promoting Equal Partnership in Families

Access the complete publication at:

<https://doi.org/10.1787/9789264259157-en>

Please cite this chapter as:

OECD (2017), "Zusammenfassung", in *Dare to Share: Germany's Experience Promoting Equal Partnership in Families*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/9789264263420-3-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.